



Resolution DV Grüne Kanton Bern

Demokratie ist in Gefahr: Berner Politik muss die Medienfreiheit schützen!

Im Kanton Bern überschlugen sich die medienpolitischen Ereignisse in den letzten Monaten und Wochen. Der Zürcher Tamedia-Konzern schmiedete letztes Jahr gravierende Abbaupläne für die beiden Berner Tageszeitungen «Bund» und «BZ». Die Schweizerische Depeschagentur SDA, das Flaggschiff für eine seriöse und fundierte Berichterstattung in den Medien, steht kurz vor der Zerstörung. Nach einem ersten Warnstreik ist die Redaktion heute in den unbefristeten Streik getreten. So sind die gedruckten Qualitätsmedien zunehmend unter Druck – bedingt durch wirtschaftliche und technologische Trends. Da ist es geradezu absurd, auf politischem Weg auch noch jene elektronischen Medien zu gefährden, die sich um Qualität bemühen und vielfältige Informationen verbreiten müssen. Denn genau darum geht es bei der «No-Billag»-Initiative. Sie will nicht nur die «Billag-Gebühren» abschaffen – sie will auch jene Grundsätze aus der Bundesverfassung streichen, die Radio und Fernsehen verpflichten, sachgerecht zu informieren, die Meinungsvielfalt zu pflegen, zur Bildung und kulturellen Entfaltung beizutragen und auf die Besonderheiten der vier-sprachigen Schweiz und die Bedürfnisse der Kantone Rücksicht zu nehmen. Die «No-Billag»-Initiative trifft nicht nur die SRG und ihre Arbeitsplätze. Das Gebühren-Verbot würde auch die Budgets von 34 regionalen Radio- und TV-Stationen um einen bis zwei Drittel reduzieren. Telebärn, das zweisprachige Tele Bilingue, Radio Neo1 im Emmental, Beo im Oberland und das nicht-kommerzielle RaBe müssten massiv abbauen oder ganz aufgeben.

Massive Folgen für Berner Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die ganze SRG (Generaldirektion, SRF, Swissinfo, Tpc) hat im Jahr 2016 für den Kanton Bern Aufträge in der Höhe von rund 130 Millionen Franken an rund 1300 Unternehmen und Einzelpersonen vergeben. Rund 1300 Arbeitsplätze im Kanton Bern sind direkt gefährdet: bei der SRG und ihren Tochtergesellschaften sowie bei sieben privaten Radio- und Fernsehstationen.

Mit einer dringlichen Motion brachten die Grünen in der Novembersession den Auftrag an den Regierungsrat durch, die Förderung der Medienvielfalt anzugehen. Der Auftrag, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien zu unterstützen, steht eigentlich längst in der Kantonsverfassung. Nur hat der Grosse Rat konkrete Massnahmen 1997 abgelehnt und seither herrscht Funkstille. Für die Zeitungen hat sich die Lage aber dramatisch verschlechtert und ihre Aktionäre pochen auf Rendite. Jetzt muss die Berner Politik im Interesse der Demokratie und Medienvielfalt handeln.

Die Grünen Kanton Bern solidarisieren sich mit der streikenden Belegschaft der SDA und unterstützen die Forderungen an die Leitung der sda und fordern deshalb:

- 1. Der Regierungsrat soll rasch die Arbeiten für ein kantonales Medienvielfaltsgesetz an die Hand nehmen und eine aktive Medienförderung betreiben.**
- 2. Der Regierungsrat wird aufgefordert, unverzüglich bei Verwaltungsrat der Schweizerischen Depeschagentur zu intervenieren, um den Erhalt der publizistischen Leistungen der SDA zu sichern.**

Bern, 30. Januar 2018

Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern